## "13. Familienbeihilfe noch heuer"

ÖVP und SPÖ sind sich einig, dass Erhöhung vor der Wahl fixiert werden soll.

Wien (VN) "Die 13. Familienbehilfe für alle Kinder in Ausbildung wird kommen und noch dieses Jahr ausbezahlt", teilte Finanzminister Wilhelm Molterer (ÖVP) gestern nach dem Ministerrat in einer Aussendung mit: Die Frage müsse aber noch mit "zusätzlichen Punkten" verknüpft werden, auf die sich der ÖVP-Obmann nicht näher einlassen wollte.

## Vor Wahl beschließen

Ein Beschluss werde jedenfalls noch vor der Wahl möglich sein. Jetzt gehe es darum, die parlamentarischen Klubs mit einzubeziehen. Er lade zu Gesprächen ein, um

auch noch "andere Fragestellungen" zu klären. Gefragt, worum es sich dabei handle, erklärte Molterer gegenüber Journalisten, dies werde er "zum gegebenen Zeitpunkt" verlautbaren. Er freue sich jedenfalls, dass die Auszahlung einer 13. Familienbeihilfe "außer Streit steht". Die SPÖ sei damit in wichtigen Fragestel-

lungen auf die Linie der ÖVP eingeschwenkt, so Molterer.

Was die "13. Familienbeihilfe" sein soll? Wie der 13. und 14. Monatslohn, also, das Urlaubs- und das Weihnachtsgeld, soll die Familienbeihilfe in Höhe einer Monatsrate ein weiteres Mal ausbezahlt werden. Molterer wünscht sich den September als Termin dafür. Wobei er ausschließlich die über Sechsjährigen davon profitieren lassen möchte; also in Ausbildung stehende Kinder und Jugendliche.

## SPÖ stimmt zu

SPÖ-Chef Werner Faymann bekräftigte gestern, dass seine Partei eine solche Erhöhung der Familienbeihilfe ebenfalls wolle. Im Unterschied zum Noch-Koalitionspartner Molterer möchte Faymann allerdings, dass auch unter Sechsjährige in den Genuss davon kommen.

Faymann will, dass die Erhöhung per Initiativantrag im Parlament möglichst schnell fixiert wird; und zwar vier Tage vor der Nationalratswahl.



Sozialminister Erwin Buchinger (SPÖ) vor dem gestrigen Ministerrat: Ausnahmsweise wurde nicht gestritten. (Foto: APA)

## mehrwissen.vol.at

• Familienbeihilfe. Alle amtlichen Informationen zur Familienbeihilfe, wie sie derzeit geregelt ist.